

16.01.2006

Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage 340

der Abgeordneten Sylvia Löhrmann, Johannes Remmel, Rüdiger Sagel, Horst Becker, Barbara Steffens, Reiner Priggen und Oliver Keymis GRÜNE
Drucksache 14/796

Finanzielle Auswirkungen des schwarz-roten Koalitionsvertrages im Bund für das Land NRW und seine Kommunen durch Veränderungen im Bereich öffentlichen Investitionen und Förderprogramme

Wortlaut der Kleinen Anfrage 340 vom 21. November 2005:

Die Parteien von CDU, CSU und SPD haben auf Bundesebene einen Koalitionsvertrag als Grundlage für die Regierungsarbeit der nächsten vier Jahre geschlossen. Dieser Vertrag wurde von den Parteitagern der Parteien in diesen Tagen beschlossen. Die Vereinbarungen des Vertrages werden auch Auswirkungen auf die Haushalte des Landes und der Kommunen haben. Eine verantwortliche Landespolitik setzt eine genaue Kenntnis dieser Daten voraus. Ferner muss sich die Landesregierung im Bundesrat zu etlichen Vorhaben verhalten. Diese finanziellen Auswirkungen auf den Landeshaushalt und die Kommunen sind nach den Jahren 2006 bis 2009 zu differenzieren. Ggf. bitten wir um Schätzungen bzw. geschätzte Spannen der finanziellen Auswirkungen und eine Aussage, ob es durch die Maßnahme zu einer Be- oder Entlastung in Nordrhein-Westfalen kommen wird.

(Die nachfolgenden Angaben beziehen sich auf die pdf - Version, die unter www.spd.de oder www.cdu.de verfügbar ist):

Wir fragen daher die Landesregierung:

1. Mit welchen finanziellen Auswirkungen (Be- und Entlastungen, aufgeteilt nach Jahren) rechnet die Landesregierung für das Land durch die Energetischen CO2-Gebäudesanierungsprogramme inklusive steuerliche Erleichterungen (Seite 43)?

Datum des Originals: 13.01.2006/Ausgegeben: 18.01.2006

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

2. Welche finanziellen Auswirkungen sieht die Landesregierung durch die Finanzierung von 20.000 gemeinnützigen Beschäftigten (Seite 24)?
3. Von welchen finanziellen Auswirkungen geht die Landesregierung durch die Einsparungen des Bundes bei den Regionalisierungsmitteln und der Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsförderung“ sowie der Landwirtschaft (Seite 67) aus?

Antwort des Ministers für Bauen und Verkehr vom 13. Januar 2006 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Finanzminister, dem Innenminister, der Ministerin für Wirtschaft, Mittelstand und Energie, dem Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, der Ministerin für Schule und Weiterbildung und dem Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Zur Frage 1

Aus Sicht der Landesregierung sind die Ankündigungen zu begrüßen, da NRW über einen überproportional großen Anteil an Nachkriegswohnungsbeständen verfügt, der insbesondere auch unter energetischen Gesichtspunkten zu erneuern ist.

NRW wird seine Bestandsförderprogramme so auf die KfW-Förderprogramme anpassen, dass diese von der Wohnungswirtschaft und privaten Wohnungseigentümern genutzt und ihrem Anteil am Wohnungsbestand entsprechend abgerufen werden können. Das wären bei einem Anteil von rund 23 % am bundesweiten Wohnungsbestand rund 350 Mio. € p. a., die zur Sanierung eingesetzt werden könnten.

Eine detaillierte Aufstellung kann mangels genauerer Daten nicht vorgelegt werden.

Zur Frage 2

Konkrete finanzielle Auswirkungen der genannten geplanten Finanzierung von 20.000 gemeinnützigen Beschäftigten lassen sich zurzeit nicht quantifizieren. Belastungen durch den Einsatz von Landesmitteln sind nicht zu erwarten.

Zur Frage 3

Da sich der Bundeshaushalt zurzeit noch in der Aufstellungsphase befindet, können noch keine abschließenden Aussagen zur künftigen finanziellen Ausstattung der Gemeinschaftsaufgaben "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" und „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) 2006 gemacht werden. Aufgrund der bekannt schwierigen Haushaltssituation kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass der Mittelan-satz gegenüber 2005 eine Absenkung erfährt.

Ebenso ist zurzeit nicht bekannt, ob und gegebenenfalls in welchem Umfang die Bundesregierung zusätzliche Einsparungen bei der GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" zu Lasten der alten Bundesländer vornehmen wird.

Die Koalitionsvereinbarung sieht Einsparungen im Bereich der Regionalisierungsmittel vor, äußert sich aber zu ihrer künftigen Höhe nicht. Der Umstand, dass aus den Pressemeldungen unterschiedliche Kürzungsszenarien zu entnehmen waren, zeigt, dass die Meinungsbildung nicht abgeschlossen ist. Vor diesem Hintergrund wären Aussagen zu den finanziellen Auswirkungen etwaiger Kürzungen zum gegenwärtigen Zeitpunkt spekulativ.